

zeigte sich überrascht. Viele sind der Meinung, er habe seinen Preis gerade für seine Kritik an der chinesischen Gegenwartsliteratur bekommen. Vielleicht hat er das hochkomplexe Thema zu pauschal behandelt. Aber es ist sicher, dass seine Kritik dem Lande gut getan hat. Mit ihr hat die Gegenwartsliteratur in China begonnen, offen und grundlegend über sich und

ihre Rolle in der Gesellschaft zu reflektieren.

Von besonderem Gewicht ist bei alledem, dass selten zuvor ein kulturelles Ereignis die Vitalität der sich neu herausbildenden chinesischen Öffentlichkeit so beflügelt hat. Darin liegt nicht nur ein Verdienst des Kritikers, sondern eine Hoffnung für China.

Eun-Jeung Lee

Machtgleichgewicht und Frieden in Ostasien

Die Anzahl multilateraler Foren in Ostasien nimmt zu. Dennoch ist es zweifelhaft, ob sich eine gemeinsame Politik und ein kollektives Bewusstsein herausbilden. Denn anders als in Europa sind die Gesellschaften dort durch einen starken Nationalismus geprägt. Zivilgesellschaftliche Akteure könnten mäßigend wirken.

Auf der internationalen Bühne hat die Bedeutung Asiens ungeachtet der Finanzkrise Ende der 90er Jahre weiter zugenommen. Man hört häufig, dass das 21. Jahrhundert ein »asiatisches Zeitalter« sein werde. Wenn das bedeuten soll, dass Asien als ein in sich geordneter und gemeinsam handelnder, weltpolitischer Akteur auftritt, stellt sich die Frage, ob die einzelnen Staaten dort auf solch eine Rolle überhaupt vorbereitet sind. Im Hinblick auf die politische Realität in Ostasien scheint dies eine übertriebene, wenn nicht gar utopische Erwartung zu sein. Haben in den letzten Jahren in Asien stark normativ geprägte akademische Diskurse über die Bildung einer »asiatischen« Gemeinschaft Verbreitung gefunden, so blieben die zwischenstaatlichen Beziehungen in dieser Region wesentlich durch Machtkonkurrenz geprägt. Deshalb stehen, soweit man sich mit der politischen Umsetzung der Bildung einer regionalen Gemeinschaft befasst, Fragen der Hegemonie im Vordergrund.

Dass über Hegemonie diskutiert wird, ist nicht überraschend, denn in den traditionellen Gesellschaften Ostasiens hat es



Eun-Jeung Lee

(* 1963) ist Privatdozentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Halle. Ihre Forschungsschwerpunkte sind interkulturelle politische Ideengeschichte und politische Theorie sowie Politik, Gesellschaft und Kultur in Korea und Ostasien.

lange keine Vorstellung von Asien als einer regionalen zivilisatorischen Supereinheit gegeben – weder in China, Japan oder Korea; anders als im Römischen Reich, in dem Religionen und Völker unterschiedlicher anthropologischer Beschaffenheit zusammenlebten. Erst im 16. und 17. Jahrhundert, als diese Länder durch die Jesuitenmissionare und den Handel mit westlicher Technik und Wissenschaft in Berührung kamen, wurde die Existenz des Westens als ein anderer, separater Kulturkreis erkannt. Erst dann begann man auch in diesen Ländern den »Osten« als Einheit gegenüber dem Westen zu betrachten. Bis dahin hatten diese Staaten im Weltbild des »Ostens« jeweils einzeln für sich existiert, man unterschied lediglich zwischen dem

zivilisierten Zentrum und der barbarischen Peripherie.

Alle Länder, einschließlich der europäischen, bildeten eine »Welt unter dem Himmel«. Diese Wahrnehmung des Westens als einen geschlossenen Kulturkreis bedeutete für Ostasien eine plötzliche Erweiterung seines Horizonts. Damit änderte sich die Struktur der Raumvorstellungen so tiefgehend, dass man von einer »Raumrevolution« im Sinne Carl Schmitts sprechen kann. Zugleich blieb das Weltbild von der Dichotomie von zivilisiertem Zentrum und barbarischer Peripherie geprägt und wurde zudem von sozialdarwinistischen Anschauungen überlagert. Betrachtet man die gegenwärtigen Beziehungen zwischen den ostasiatischen Staaten, finden sich immer noch Elemente dieser traditionellen Weltanschauung.

Subhegemoniale Konkurrenzsituationen

Freilich haben sich die Gesellschaften Ostasiens im Zuge der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte in vielfacher Weise verändert. Es sind neue Mittelschichten entstanden, die politische Mitspracherechte reklamieren. Das ist auch in China der Fall, wenngleich die in den 80er Jahren einsetzenden Demokratisierungsprozesse in anderen Ländern der Region viel weiter vorangekommen sind. Mit dem in diesen Prozessen gewachsenen Vertrauen und dem Zerfall des Ostblocks wurde auch der amerikanische Einfluss in der Region schwächer. Gleichzeitig ist China auf dem Weg, den Status einer Großmacht zu erlangen, während Japan als zweitstärkste Wirtschaftsmacht nunmehr nach einer größeren Rolle in der internationalen Politik sucht. In Südkorea hatte sich die Regierung von Roh Moo Hyun vorgenommen, eine Mittlerfunktion in der nordostasiatischen Sicherheits- und Integrationspolitik zu spielen.

Neben dem sich möglicherweise entwickelnden großhegemonialen Konflikt zwischen den USA und China, kommt es nach dem Ende des Kalten Krieges auch zu subhegemonialen Konkurrenzsituationen, insbesondere zwischen China und Japan. Die Geschichte des 19. Jahrhunderts scheint sich zu wiederholen. Alte, zum Ende des Zweiten Weltkrieges entstandene Grenzkonflikte wie auf der koreanischen Halbinsel, zwischen Taiwan und China und um die Kurilen sind noch ungelöst, während mehrere neue Konflikte um eine Reihe von Inseln und Inselgruppen und die Nutzung von Bodenschätzen auf dem Meeresgrund entstanden sind. In diesen Ländern selbst dominieren Freund-Feind-Schemata in den Wahrnehmungen der jeweils anderen Länder. Vorstellungen von Zivilisiertheit und Barbarei schwingen weiter mit, während man Stärke mit militärischer Macht assoziiert und in einem mehr oder weniger offenen Rüstungswettlauf begriffen ist.

»Feindwahrnehmungen« zwischen China und Japan

Ein Verteidigungsweißbuch der japanischen Regierung benennt China ziemlich unverblümt als latenten Feind. Die politische Elite Japans war noch zu Beginn der 90er Jahre davon ausgegangen, dass die Kombination von Japans wirtschaftlicher Führungsstärke und aktiver Mitarbeit in multilateralen Institutionen ausreichen würde, um den Frieden in der Region zu wahren. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen und militärischen Macht Chinas und dem Abschuss einer nordkoreanischen Rakete, die 1998 über Japan hinweg flog und danach im Pazifik versank, veränderten sich die japanischen Prioritäten. Danach setzten die japanischen Eliten und die Öffentlichkeit auf ein stärkeres Militär und die Vertiefung der US-Allianz.

Die japanische Regierung möchte Japan zu einem »normalen Staat« machen –

und stößt damit auf den Argwohn der Nachbarländer. Sie fürchten die Wiederkehr eines extremen Rechtskonservatismus und Militarismus. Insbesondere die chinesische Regierung beobachtet die neue Position Japans mit Misstrauen. Sie bemüht sich ihrerseits nach Kräften, den Aufstieg des Landes nicht als Bedrohung erscheinen zu lassen, um der Wahrnehmung eines so genannten »China threat« entgegenzuwirken.

Auch wenn sich diese beiden ostasiatischen Staaten nicht, wie vormals während des Kalten Krieges die USA und UdSSR, in einer Aufrüstungsspirale bewegen, stellen allein die gegenseitigen Feindwahrnehmungen von mehr oder weniger großen Teilen der Bevölkerung eine Gefahr für Sicherheit und Frieden dar. Die politischen und intellektuellen Eliten tragen, statt historisch bedingte Ressentiments bei der Bevölkerung abzubauen, bedauerlicherweise selbst zur Konstruktion solcher Feindbilder bei und bereiten so den Boden für Unsicherheit und Misstrauen. Dadurch stärken sie die Entstehung eines Sicherheitsdilemmas und eines Rüstungswettlaufs, statt sich aktiv für Vertrauensbildung und Sicherheitskooperation einzusetzen.

Die politischen Eliten sind sich andererseits z.T. auch selbst dieses Problems bewusst und dürften weitgehend darin übereinstimmen, dass es zum Erhalt von Sicherheit und Frieden in der Region einer neuen Sicherheitsordnung bedarf. Diese müsste weit mehr umfassen, als nur den Rüstungswettlauf zu verhindern, wie ihnen ihre Hilflosigkeit gegenüber der asiatischen Finanzkrise 1997/98 deutlich gemacht hatte. Überhaupt bildet diese Krise einen Wendepunkt in den Diskursen über Sicherheitspolitik, Multilateralismus und regionale Zusammenarbeit.

Seitdem hat sich die multilaterale Zusammenarbeit in Ostasien langsam, aber bedeutend verbessert. Auf der regionalen Ebene ist die Kooperation in einigen Bereichen mittlerweile institutionalisiert wor-

den. Dieser Trend kann an der Vielzahl der Treffen von APEC, ASEAN, *10 plus 3*, *Council for Security Cooperation in Asia-Pacific* (CSCAP), *Northeast Asia Security Cooperation Dialog* (NEACD), *Shanghai Cooperation Organization* (SCO) abgelesen werden. In den letzten Jahren hat es mehr als 200 multilaterale Foren allein in Sicherheitsfragen gegeben.

Der schwere Weg zu multilateraler Zusammenarbeit

Trotz all dieser Foren kann man Zweifel hegen, ob die multilaterale Zusammenarbeit von Regierungen nicht auch zur Durchsetzung eigener, u.U. hegemonialer Inte-

ressen genutzt wird. Kritiker aus der klassisch-realistischen Schule der internationalen Politik sind, was die Verwirklichung einer multilateralen Sicherheitsordnung in Ostasien anbelangt, überwiegend skeptisch. Sie verweisen auf den Umgang dieser Länder mit ihrer gemeinsamen, belasteten Geschichte, die Emotionen aufschäumen lässt und oft genug politisch lanciert und instrumentalisiert wird, auf die Territorialkonflikte und eine Reihe anderer Probleme, die sich letztlich allesamt auf stark nationalistische Grundstimmungen gründen. Anders als in Westeuropa spielt der Nationalismus in Ostasien auch heute noch eine zentrale und wie es scheint zunehmend wichtige Rolle und beeinflusst, ja beeinträchtigt, die Verständigung und die Verwirklichung einer Sicherheits- und Friedensordnung in Ostasien. Mit der mentalen Konstruktion einer »Nation« im Sinne einer »imagined community« Benedict Andersons, gehen Konzepte vom Anderssein einher. Die nationalen Identitäten beruhen auf diesem Anderssein, sie sind, um mit Remi Brague zu sprechen, »exzentrische Identitäten«. Solche Konstruktionen lassen wenig Raum für die Bildung einer Gemeinschaft und können institutionalisierte Kooperation zur leeren Hülse werden lassen.

Die Bildung einer multilateralen umfassenden Sicherheitsordnung wird in Ostasien auch erschwert, weil sich das Bewusstsein, dass eine tragfähige und friedliche Zusammenarbeit es erfordert, sich aufeinander einzulassen und in gegenseitige Abhängigkeiten zu begeben, nur rudimentär entwickelt ist. In Europa hatte sich nach unzähligen Kriegen und den beiden Weltkriegen diese Erkenntnis durchgesetzt. Hingegen reichen in Ostasien Erfahrungen wie das Nanjing Massaker, die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki oder auch der Koreakrieg offenbar nicht aus, um die sinnlose Barbarei der früheren Kriege zu seiner kategorischen Negation weiterzudenken und die Nationalstaaten als Ur-

sache und Vehikel der Eskalation dieser Kriege zu verstehen. Nicht gemeinsame Erinnerungen an das Leiden durch Kriege, sondern nationale Erinnerung an die von anderen zugefügten Demütigungen beherrschen die öffentliche Wahrnehmung und bestärken das historisch verankerte Weltbild vom Staat als souveränem politischen Akteur – eine schlechte Basis für die regionale Zusammenarbeit, oder gar für die Bildung einer regionalen oder globalen Schicksalsgemeinschaft.

Angesichts dieser nationalistischen Strömungen ist schwer vorherzusagen, ob die geschaffenen Institutionen der regionalen Zusammenarbeit ausreichen werden, um eine weitere Stärkung der Nationalstaaten und der ihnen inhärenten Konfliktbereitschaft, also eine Wiederholung der europäischen Erfahrungen im ausgehenden 19. und 20. Jahrhundert, zu vermeiden. Es könnte auch ein Zeitalter der Bürger werden, denn in all diesen Ländern ist über die Jahre auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene eine lebendige Zivilgesellschaft entstanden, die im Zusammenwirken mit progressiven *think tanks* und Medien zu einem Bollwerk gegen die Entfaltung nationalstaatlicher Logik werden kann und es z.T. auch schon ist. Auf ihrer Agenda stehen, wie in Europa und Amerika auch, Fragen von Ökonomie und Ökologie, von Staat, Politik, Selbstbestimmung und Beteiligung der Bürger, von zerstörerischem Konsumismus und Technologien, von menschlicher Entwicklung und globaler Gerechtigkeit, von Friedensbewahrung und Konfliktprävention. Es wird sich zeigen, inwieweit diese zivilgesellschaftlichen Organisationen auf die potenziell antagonistischer werdenden Beziehungen zwischen den Staaten Ostasiens mäßigend einwirken und überhaupt dazu beitragen können, diese Region zu einem aktiven und belastbaren Partner beim Umgang mit den großen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, zu machen.